

4. operative Sitzung des Wiener Wohnungshilfe Verbandes @ Schottenfeldgasse 29/ 3.12.2009 ab 9 Uhr

Memo 9:00 – 10:40

anwesende Institutionen:

- Neustart/ Wieder wohnen/ FSW/ Caritas/ Wiener Tafeln/ 9erHaus/ FSW 2B/ ARGE Wien/ Wiener Hilfswerk/ Wiener Rotes Kreuz/ Volkshilfe/ Samariter Bund/ Initiative „Obdachlose EuropäerInnen in Wien (Vinzibett), Audimax-BesetzerInnen, ...

Tagesordnung:

- Aufnahme von KlientInnen mit Tieren (Ergebnis der Arbeitsgruppe?)
- Psychisch kranke KlientInnen (Projekt von men?)
- Gefahrenmeldungen
- Ausblick WWH Sitzungen 2010
- Allfälliges

Aufgrund der aktuellen Situation und der Einladung von Gästen (Audimax-Besetzerin und Initiative „Obdachlose EuropäerInnen in Wien“ wird dieser Punkt vorgezogen.

Schilderung der Lage im Audimax (kurz zusammengefasst):

- Studierenden wollen die neuen BewohnerInnen nicht einfach wieder auf die Straße schicken; wir sehen uns verpflichtet, den Betroffenen respektvoll in einem menschenwürdigen Dialog gegenüber zu treten
- ABER Studis sind **überfordert!** > sind keine ausgebildeten SozialarbeiterInnen oder ÄrztInnen
- großes Alkohol- und Hygieneproblem im Audimax
- es gab vereinzelt schon Hilfeangebote (SozialarbeiterInnen oder Einsatz eines „Krisenintervention/StreetworkerInnen-Teams“ auf Anstoß der PA vom 2.12.2009 der Sozialstadträtin Mag.^a Sonja Wehsely¹, was wiederum als Antwort auf die PA der Audimax-BesetzerInnen² vom selben Tag zu sehen ist.
- **ES WIRD NICHT INTENDIERT IRGENDWELCHEN BESTEHENDEN INSTITUTIONEN (der Stadt Wien oder sonstigen...) IN IRGEND EINER WEISE ZU SCHADEN, ODER SIE MEDIAL SCHLECHT ZU MACHEN.**
- Wir Studierenden sehen sehr wohl, was alles bereits in der Wiener Obdachlosenhilfe geleistet wird...JEDOCH weisen wir Studierenden explizit auf Gesetzeslücken im derzeitigen Sozialhilfegesetz hin. EWR-BürgerInnen fallen aufgrund unterschiedlicher Bestimmungen durch die konventionellen Muster und haben oft überhaupt keinen Anspruch auf Unterstützung> sie stehen wirklich auf der Straße, oder befinden sich eben jetzt im Audimax und brauchen nachhaltige Hilfeangebote.
- **Konkrete HILFE-Anfrage der Audimax-BesetzerInnen an anwesende Institutionen:**
 - eine langfristige und nachhaltige, POLITISCHE Lösungsvorschläge der politischen Verantwortlichen > selbstverständlich auf EU-Ebene zu sehen
z.B akut: rasche zur Verfügungstellung von Dusch- und WC Containern (wie auf Festivals!) POLITIKERiNNEN sollen sich bitte öffentlich mit uns solidarisieren!
 - Unterstützung von professionellen SozialarbeiterInnen/ StreetworkerInnen
z.B Coaching (bereits punktuell passiert!)
 - medizinische Unterstützung von ausgebildeten ÄrztInnen und SanitäterInnen
 - einerseits um die Situation der neuen BewohnerInnen des Audimax zu lindern und eine

¹ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091202_OTS0332/wehsely-wiener-wohnungslosenhilfe-hilft-wo-sie-gebraucht-wird

² <http://unsereuni.at/?p=11320>

- gewisse Notfallsadresse zu sein, wenn die Lage nicht mehr handhabbar ist.
- andererseits um die Studierenden psychisch zu unterstützen
- **Konkrete Kooperations-Anfrage an anwesende WWH-Institutionen:**
 - am **SA den 5.12.2009 findet die bundesweite Bildungsdemo** statt (Treffpunkt 15 Uhr am Westbahnhof > Flyer und Plakate wurden an die Anwesenden verteilt). Es wird von der Initiative „Obdachlose EuropäerInnen in Wien“ (Vinzibett) und dem „Augustin“ bereits daran gearbeitet, dass es ein eigener „Block der Obdachlosen“ gibt. Zweck ist es, einen gesamtgesellschaftlichen Schulterschluss prekär Studierender und prekär lebender Personen aufzuzeigen. Es wird derzeit geprüft, ob bei Bedarf auch ein Redebeitrag im Rahmen der Abschlusskundgebung im Votivpark stattfinden kann. Somit soll der GEMEINSAME Versuch einer kollektiven Lösungsbestrebung demonstriert werden.
 - Eventuell die Planung einer **gemeinsamen Pressekonferenz (Studierenden/ WWH-Verband) am Menschenrechtstag (10.12.2009)**, um die derzeitige „Medienmacht/-wirksamkeit“ der StudentInnenbewegung zu nutzen! Wir haben jetzt in der Vorweihnachtszeit auch einen guten Zeitpunkt, um auf Gesetzeslücken und soziale Kälte hinzuweisen.

Diskussion (zusammengefasst und ohne Nennung der RednerInnen!)

- Langfristig wäre es sicherlich besser, auf bestehende Institutionen zurück zu greifen, Betroffene zu motivieren sich dorthin zu wenden, um einerseits die „Szene“ auf der Uni nicht zu verfestigen. Zusätzlich ist es nicht möglich, regelmäßige „Dienste im Audimax“ zu absolvieren!...Problem ist, dass es den Leuten im Audimax gefällt (wenig „Regeln“ bei großer persönlicher Freiheit!). Zusätzlich ist nochmals zu erwähnen, dass viele Leute im Audimax KEINEN Anspruch auf WWH-Angebote haben! > ?könnten Ausnahmen gemacht werden? Dann muss es aber klar sein, dass diese sicherlich zur Routine werden und Institutionen OHNE zusätzlicher Ressourcen (trotz aktueller Aufstockung des Budgets) längerfristig die konkrete Situation mit neuen EWR-BürgerInnen NICHT regeln können.
- Problem mit den EWR-BürgerInnen ist ihr Aufenthaltsstatus. Solange sie in Österreich keiner geregelten Arbeit nachgehen oder auf sonstige Weise einen Nachweis liefern können, dass sie für ihren persönlichen Unterhalt sorgen können, sind sie ILLEGAL in Österreich. Eine NICHT wünschenswerte Option wäre, wenn das Innenministerium und die Fremdenpolizei sich einschaltet und einfach alle „unerwünschten, illegalen“ Leute abschiebt> NEIN ≠ Lösung!!!!!!! Sonst bleibt nur noch der Status eines Touristen, die sich 3 Monate in Österreich aufhalten dürfen (> offene Frage im Raum, ob das auch für EU-BürgerInnen so streng gilt?!)
- eventuell könnte das Problem über eine Anmeldebescheinigung (MA 35) gelöst werden?! Aber auch dort muss ein Einkommens- bzw. Versicherungsnachweis (eines anderen EU-Landes) vorgelegt werden.
- Das Problem ist kein wiener bzw. österreichisches Problem; also weshalb sollten wir uns hier aufspielen und uns eventuell sogar lächerlich machen? Niemand hat irgendwo (PL/D/ESP..) einen Anspruch auf Unterstützung, wenn mensch im jeweiligen Land mittellos da steht, ohne formale Verankerung.
 - JA! ABER erstens gilt innerhalb der EU das Subsidiaritätspolitik, zweitens funktioniert emanzipatorisches Engagement am besten in Form von „Grätzelpolitik“, dort wo die Leute am meisten betroffen sind und drittens MUSS IRGENDWO ANGEFANGEN WERDEN!
- Bekanntgabe, dass das Problem nicht neu ist; Statistik einer Institution hatte in den letzten Monaten insgesamt 290 Abweisungen, weil die Leute nicht anspruchsberechtigt waren. Diese Zahlen haben sich in den letzten Wochen verringert (DANKE an die Audimax-BesetzerInnen...)